

22

AB

MAGISTRATSDIREKTION
 DER STADT WIEN
abgelehnt
 Eing.: 28. JUNI 2007



DIE GRÜNEN

PA1-03252-2007/0001-KGR/LAT

Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat
 Landesregierung und Stadtsenat **BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG**

der Landtagsabgeordneten Ingrid Puller, Dr. Sigrid Pilz und DI Martin Margulies
 (GRÜNE)
 eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 28. Juni 2007
 zu Post 9 der heutigen Tagesordnung
**betreffend NEIN zu geplanten Ausgliederungen und Abbau in der Verwaltung:
 MA15 – Referat IV/1 - Gesundheitsvorsorge (Schließung)**

B E G R Ü N D U N G

Das Wiener Zuweisungsgesetz ist Rechtsgrundlage für die Zuweisung von
 Bediensteten der Stadt Wien für sämtliche zukünftige Ausgliederungen der Stadt
 Wien. Die politische Kontrolle durch den Landtag droht mittels dieser
 „Generalmächtigung“ daher in diesem Bereich endgültig verloren zu gehen.
 Es gibt aber viele Bereiche, die zwar nicht zur Hoheitsverwaltung zählen, wo es aber
 aus sozialen oder demokratiepolitischen Gründen sehr wichtig ist, dass die Aufgaben
 von der Gemeindeverwaltung wahrgenommen werden. Dazu zählt auch das Angebot
 der MA 15 - Referat IV/1 - Gesundheitsvorsorge (Gesundenuntersuchung).

Die unterzeichnenden Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der
 Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich gegen die Schließung der MA 15 - Referats IV/1 -
 Gesundheitsvorsorge (Gesundenuntersuchung) aus.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 28.6.2007